

# Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am Dienstag, 12.05.2009, 18:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal.

## Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Walter Langer
stellv. Ausschussvorsitzende:	Ilonka Etzold
Ausschussmitglieder:	Reinhard Berndt Karin Boomhuis Susanne Herbst Jörn Kickler Kurt Klose Claudia Rohlfs
stellv. Ausschussmitglieder:	Jens-Olaf Fianke Hannelore Schneider
hinzugewählte Ausschussmitglieder:	Hans-Georg Buchtman Sieglinde Eilers Dieter Staritz
Ratsmitglieder:	Karin Agostini Rudolf Böcker Karl-Heinz Funke Erich Hillebrand Bernd Köhler Alfred Müller Georg Ralle Bernd Redeker Peter Tischer (zeitweise)
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
Gleichstellungsbeauftragte: von der Verwaltung:	Brigitte Kückens Rainer Adler Antje Schönborn Yvonne Westerhoff
Gäste:	Volker Beier Djure Meinen Karin Wittkowski

Die Sitzung wurde um 21:00 Uhr abgebrochen, folgende Punkte werden in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport behandelt:

## Öffentlicher Teil

- 3 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 3.1 Antrag der SPD-Fraktion bezüglich des Arbeitskreises, des Ganztagsangebotes und der Elternbefragung
- 3.2 Konzept Stadtbibliothek
- 4 Zur Kenntnisnahme
- 4.1 Schulsozialarbeit -Information- (wurde vorab abgesagt)

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anträge an den Rat der Stadt  
Kein Tagesordnungspunkt
- 3 Stellungnahmen für den Bürgermeister  
Kein Tagesordnungspunkt
- 4 Zur Kenntnisnahme
- 4.1 Grundschulkonzept für die Stadt Varel

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### 1 Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin stellt die Frage, wie der Arbeitskreis eine Langzeitprognose erstellen konnte, obwohl nur Zahlen bis zum Jahr 2013/2014 bekannt sind. Weiter bemängelt sie, dass bei der Aufzählung der Klassenräume, die in der Hafenschule vorhandenen Fachräume nicht aufgezählt wurden. Sie bezweifelt die Richtigkeit der von dem Arbeitskreis hervorgebrachten Zahlen.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich der Arbeitskreis an wissenschaftlich fundierte Studien über die demographische Entwicklung gehalten hat, z.B. der Bertelsmann-Stiftung. Er hält die zugrunde gelegten Zahlen des Arbeitskreises für richtig. Wichtig bei der Auflistung der Räumlichkeiten sind hier die allgemeinen Unterrichtsräume, Fachräume spielen in diesem Zusammenhang nicht so eine große Rolle.

Eine weitere Bürgerin fragt nach den Antworten auf die im Positionspapier vom 25. März 2009 des Elternrates der Hafenschule gestellten Fragen.

Der Bürgermeister erläutert kurz den Inhalt des Positionspapiers und gibt anschließend Antworten zu den einzelnen Bereichen.

Bezogen auf die Aufnahmekapazität der Grundschule Osterstraße von den Schülern der Grundschule Hafenstraße erklärt der Bürgermeister, dass das Raumangebot der Grundschule Osterstraße ausreichend ist. In Bezug auf die Forderung eines sicheren und kurzen Schulweges entgegnet der Bürgermeister, dass dafür ein Schulwegkonzept erarbeitet werden könnte und dafür bereits Kontakt mit der Polizei aufgenommen wurde.

Weiterhin wird die Wohngebietsqualität im Bereich der Grundschule Hafenstraße sowie der anstehende Generationswechsel in dem Gebiet angesprochen. Zu diesem Thema bringt der Bürgermeister ein, dass das ebenfalls für alle anderen Ortsteile zutrifft. Baugebiete und der damit verbundene Zuzug von Kindern schätzt er als positiv ein. Allerdings handelt es sich bei der Erhebung von Zahlen von möglichen weiteren Schülern im Bereich der Grundschule Hafenstraße nur um eine

Schätzung.

Der Bürgermeister erklärt, dass sowohl im Ausschuss als auch im Arbeitskreis Kombiklassen als negativ eingestuft wurden, da es meistens zu Problemen an den weiterführenden Schulen kommt. Kombiklassen sollten nur in Ausnahmefällen eingerichtet werden.

Auf die Forderung, die Grenzen der Schuleinzugsbereiche aufzulösen, erklärt der Bürgermeister, dass die Schuleinzugsbereiche einen Rahmen setzen, von denen mit Ausnahmegenehmigungen immer mal wieder im Einzelfall abgewichen wird. Weiterhin werden auch die von dem Bürgermeister als positiv angesehenen Vorteile einer Ganztagschule erläutert. Es soll ein Konzept mit den anderen Schulleitern erstellt werden, so dass mit allen Grundschulen zu einem flächendeckenden Ganztagsangebot übergegangen werden kann.

In Bezug auf die Einrichtung der Hortplätze an der Grundschule Hafensstraße gilt es abzuwarten, wie sich der Antrag der Ganztagschule entwickelt.

Auf die Verweisung auf § 7 der Verordnung für die Schulentwicklungsplanung - die Beteiligung der Eltern - entgegnet der Bürgermeister, dass es sich in diesem Fall um die falsche Vorschrift für diesen Sachverhalt handelt und dass die Eltern in Form ihrer Elternvertreter, die Mitglieder des Arbeitskreises waren, beteiligt wurden.

Eine weitere Bürgerin entgegnet, dass in der Hafenschule eine Kombiklasse lediglich in 2010/2011 notwendig ist und wundert sich, dass deshalb eine ganze Schule geschlossen werden soll. Weiterhin stellt sie die Frage, wann die Eltern der betroffenen Schulen beteiligt werden sollen und wie die Beteiligung noch aussehen kann, wo doch schon ein Ergebnis des Arbeitskreises vorliegt.

Bezogen auf die Kombiklasse erklärt der Bürgermeister, dass die Einrichtung einer Kombiklasse nicht allein ausschlaggebend für eine mögliche Schließung ist. Weiterhin erläutert der Bürgermeister, dass es sich hierbei nicht um ein Ergebnis handelt, sondern um eine Empfehlung, die der Arbeitskreis entwickelt hat und das diese anschließend in den Fraktionen und danach im Rahmen eines neuen Schulausschusses weiter behandelt werden müsste.

Es wird gefragt, ob dem Bürgermeister und den Ratsmitgliedern bewusst ist, was diese Diskussion über eine mögliche Schulschließung bei den betroffenen Eltern und insbesondere auch bei den Kindern emotional auslöst, welche Ängste und Ungewissheit dadurch geweckt werden.

Das die ganze Situation sehr emotional ist, kann der Bürgermeister nachvollziehen. Weiter wird angefragt, ob es nicht ein schlechtes Bild auf die kleinen Schulen wirft, wenn einige Eltern aufgrund dieser Debatte überlegen, wo sie ihre Kinder einschulen. Der Bürgermeister meint, dass diese Frage gekoppelt ist mit der Frage, ob eine Grundschule gut oder schlecht ist, welches für ihn nicht der richtige Ansatz ist.

Eine Elternvertreterin der Hafenschule versteht nicht, warum der Bürgermeister bei einer Veranstaltung am 27.03.2009 in der Hafenschule den Eltern vorgeworfen hat, über eine Schulschließung zu diskutieren, obwohl niemand davon gesprochen hat. Dennoch liegt knapp 1,5 Monate später dieser Entscheidungsvorschlag vor.

Ein Bürger bemängelt, dass die Vorlage laut Erstellungsdatum bereits vor der letzten Arbeitskreissitzung gefertigt wurde. Das gibt ihm zu denken, ob das Ergebnis nicht bereits schon vorgefertigt wurde. Zudem möchte der Bürger gern wissen, wann der Arbeitskreis getagt hat.

Es wird erklärt, dass lediglich der Rahmen der Vorlage in dem Ratsinformationssystem am 20.04.2009 erstellt wurde. Der Inhalt wurde erst nach der letzten Sitzung des Arbeitskreises eingefügt.

## **2 Anträge an den Rat der Stadt**

Kein Tagesordnungspunkt

## **3 Stellungnahmen für den Bürgermeister**

Kein Tagesordnungspunkt

## **4 Zur Kenntnisnahme**

### **4.1 Grundschulkonzept für die Stadt Varel**

Ratsherr Müller, der an den letzten zwei Sitzungen des Arbeitskreises teilweise teilgenommen hat, bekundet, dass er keine Empfehlung bzw. Beschlussfassung unterstützt, in der die Schließung der drei Grundschulen enthalten ist. Er betont, dass es keine Beschlussfassung von Seiten des Arbeitskreises gibt, diese Grundschulen zu schließen. Wenn das so gesagt wurde, entspricht das nicht der Wahrheit. Weiterhin stellt er ebenfalls die Schülerzahlen in Frage. Wenn die Zweifel berechtigt sind, erübrigt sich seiner Meinung nach die ganze Diskussion. Zuerst müssten alle Zweifel ausgeräumt werden. Deshalb müsste die Frage nach den Schülerzahlen sofort geklärt werden, ansonsten hätte die anstehende Power Point Präsentation keinen Wert.

Ausschussvorsitzender Herr Langer erklärt, dass die Differenz von 133 fehlenden Kindern in dem Vortrag erläutert werden muss, ansonsten stimmt er Ratsherrn Müller zu und das Konzept müsste neu erarbeitet werden.

Ausschussmitglied Herr Kickler erklärt den Grund der Entstehung und die Zusammensetzung des Arbeitskreises. Weiterhin erläutert er, dass der Arbeitskreis ergebnisoffen diskutiert hat. Es wurden die Zahlen der kommenden Schüler angeguckt und daraus ein Arbeitspapier entwickelt, welches im Schulausschuss vorgestellt und erst dann politisch diskutiert werden soll. Dem Arbeitskreis war klar, dass alle Parteien sagen könnten, dass dieses Konzept nicht wünschenswert ist. Dennoch hat sich der Arbeitskreis die Mühe gemacht, sich über alle Schulen und deren Situation Gedanken zu machen.

Der Arbeitskreis war nicht dazu gedacht, den Eltern Angst zu machen bzw. schlaflose Nächte zu bereiten, sondern es wurde versucht, so neutral wie möglich, ein Arbeitspapier zu erarbeiten.

Stellv. Ausschussmitglied Frau Schneider erklärt, dass der Arbeitskreis lediglich Vorschläge in Bezug auf die Sicht der Eltern, Pädagogen und Landesschulbehörde sowie die Wirtschaftlichkeit der Grundschulen vorbereiten sollte. Der Arbeitskreis sollte eine Hilfe für den Ausschuss sein. Er sollte dazu dienen, dass alle Betroffenen durch ihre Vertreter zu Wort kommen. Für einen Beschlussvorschlag ist es zurzeit noch zu früh.

Ausschussvorsitzender Herr Langer erklärt, dass die Prozedur einer solchen Sitzung einfach einen Beschlussvorschlag fordert. Die Vorlage wird in die Fraktionen verwiesen und somit muss heute keine Entscheidung getroffen werden.

Herr Bürgermeister Wagner erinnert an die Aufgabenstellung, die dem Arbeitskreis durch den Ausschuss aufgegeben wurde: „Entwicklung eines Grundschulkonzeptes mit pädagogischem Hintergrund in Hinblick auf die nächsten 15 bis 20 Jahre, Erarbeitung eines Entscheidungsvorschlages für die Politik der nachhaltig und tragfähig für Eltern und Kinder ist“.

Ausschussvorsitzender Herr Langer reicht das Wort an Frau Schönborn weiter, die das Konzept des Arbeitskreises vorstellt.

Ratsherr Böcker ist mit dem Ergebnis des Arbeitskreises nicht vollständig zufrieden. Seiner Meinung nach sollte man den Bedarf an der Grundschule Hafenstraße mit einigen Schülern der Grundschule Am Schloßplatz ohne große Bürokratie ausgleichen. Diese besitzt mit einer Klassenstärke von 28 Schülern genügend Schüler.

Ausschussvorsitzender Herr Langer lässt weitere Fragen der Einwohner zu.

Eine Bürgerin bezweifelt erneut die Richtigkeit der Zahlen.  
Frau Schönborn hält die Zahlen für richtig.

Ein Bürger möchte wissen, ob die Empfehlung des Landes zum Grundschulverband bekannt ist und was gegen eine Kombiklasse spricht, schließlich wird das in anderen Schulen bewusst als Schulkonzept durchgeführt. Zudem fragt er, ob die Einrichtung einer Ganztagschule an der Grundschule Hafenstraße in Bezug auf die mögliche Gefährdung der anderen Schulstandorte (und die dadurch eventuelle Schließung dieser Schulen in der Stadt) Angst auslöst. Weiterhin fragt er an, ob es nicht sinnvoller wäre, die Klassen der Grundschulen Am Schloßplatz und Osterstraße so klein wie möglich zu halten, um den dort vermehrt vorkommenden Migratenkindern eine Chance zu geben, sich sozial vernünftig zu entwickeln.

Des Weiteren möchte er wissen, ob die Zukunft in Varel in 2014 endet, da das Grundschulkonzept nur bis dahin entwickelt wurde. Er fragt außerdem, ob bis zu der Schließung der Grundschule Hafenstraße die Radwege für den neuen Schulweg (vom Ende des bestehenden Radweges an der Hafenstraße bis zu den Grundschulen Am Schloßplatz sowie Osterstraße) fertig gestellt sind, damit die Kinder nicht auf der Hauptverkehrsstraße zur Schule fahren müssen. Er fragt den Bürgermeister, ob dieser sich noch an sein Wahlversprechen erinnern würde, da hatte er eine Politik für die Bürger und nicht gegen die Bürger versprochen. Er erwähnt, dass zum Wohle der Kinder keine Klassenstärken von 24 – 26 Schülern gebildet werden dürften.

Der Bürgermeister erklärt, dass er ebenfalls von einer dauerhaften Klassengröße von 24 – 26 Kindern absieht. Seiner Meinung nach ist eine vernünftige Klassengröße bei 20 Kindern pro Klasse erreicht. An sein Wahlversprechen erinnert er sich. Gerade um dieses einzuhalten, findet dieser Ausschuss statt. Dabei sollen Fragen aufgenommen und beantwortet werden. Wie bereits erklärt hat der Arbeitskreis ergebnisoffen diskutiert und diese Fragen sollen nun in die Entscheidung einfließen. Die Radwege an der Kreisstraße sind im Kreisumbauprogramm enthalten. Varel endet natürlich nicht 2014, aber es ist jetzt noch nicht bekannt, wie viele Kinder in der Zukunft geboren werden. Der Bürgermeister stimmt dem Bürger zu, dass die Integrationsarbeit weiterhin bestehen bleiben muss. Kombiklassen werden grundsätzlich im Arbeitskreis nicht als schlecht angesehen. Bezogen auf die erste Frage verweist der Bürgermeister auf die spätere Erläuterung des Herrn Beier von der Landesschulbehörde.

Anschließend bittet der Bürgermeister die Bürger Ihre Fragen schriftlich einzureichen, damit diese adäquat beantwortet werden können. Es könnte auch gerne ein zweiter Termin vereinbart werden.

Ausschussvorsitzender Herr Langer lässt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nur noch ein paar weitere Einwohnerfragen zu, dann müsste ein anderer Weg gefunden werden, um die Fragen zu beantworten.

Ratsherr Funke kritisiert zunächst die Darstellungsweise der Präsentation und das Ergebnis des Arbeitskreises. Zudem bezweifelt er, dass der Arbeitskreis ergebnisoffen diskutiert hat. Er vermisst Gründe, die für den Erhalt der Grundschulen sprechen. Es wurden ausschließlich Gründe gegen den Erhalt aufgeführt. Der Bürgermeister verteidigt die Arbeitsweise des Arbeitskreises und die Darstellung des Ergebnisses.

Eine Mutter eines behinderten Kindes beklagt, dass Sondersituationen für behinderte Kinder überhaupt nicht vom Arbeitskreis berücksichtigt wurden. So kann ihr behinderter Sohn aus bestimmten persönlichen Gründen nur in einer kleinen einzügigen Schule adäquat unterrichtet werden. Sollten diese Schulen nicht mehr existieren, müsste dieser in einer Tagesbildungsstätte untergebracht werden, womit ihrem Sohn die Grundbildung versagt werden würde. Die Integration von Schülern sollte sich nicht nur auf Migrantenkinder beziehen. Der Bürgermeister bekräftigt, dass diese Art der Integration weitergeführt werden soll. Denn es ist ersichtlich, dass eine optimale Integration mit entsprechender Förderung erreicht werden kann.

Einer Elternvertreterin der Grundschule Hafestraße ist aufgefallen, dass die Schülerzahl lediglich in den Grundschulen Osterstraße und Hafestraße nach zwei mageren Jahren wieder ansteigen, während bei den anderen Grundschulen Büppel, Obenstrohe und Langendamm die Schülerzahlen weiterhin massiv abfallen. Sie fragt, ob aufgefallen ist, dass nicht nur die kleinen Grundschulen zur Verschlechterung der Schülerzahlen beitragen, sondern auch die großen Grundschulen mit ihrem Verlust an Schülern. Sie bezweifelt, dass das Ziel des Arbeitskreises, eine gleichmäßige Aufteilung der Schüler auf die verbleibenden 5 Standorte, erreicht wurde.

Dem Bürgermeister ist bekannt, dass auch große Grundschulen Schüler verlieren. Durch die Zahlen wird deutlich, dass man sich Veränderungen in diesem Bereich überlegen muss.

Eine Mutter zweier Schüler der Grundschule Hafestraße erklärt, dass die Grundschule Hafestraße genau den Vorstellungen des Arbeitskreises über eine Grundschule entspricht. Zudem muss die Einführung einer Kombiklasse nicht grundsätzlich etwas Negatives bedeuten. Sie stellt die Frage, ob mit dem Gebäude der Grundschule Hafestraße bereits etwas anderes geplant ist.

Der Bürgermeister antwortet, dass er mit dem Gebäude insgesamt keine anderen Absichten hat. Es ist allerdings so, dass eine hohe Nachfrage an Krippenplätzen am städtischen Kindergarten vorliegt und überlegt wird, wo diese Krippenplätze in Varel untergebracht werden könnten. In diesem Zusammenhang ist es überlegenswert zu schauen, ob nicht ein bis zwei Klassenräume der Grundschule Hafestraße zu Krippenplätzen umfunktioniert werden könnten.

Die Bürgerin wendet ein, dass auch der Bedarf einer Ganztagschule gegeben ist. Bisher ist nur die Grundschule Hafestraße bereit, dieses anzubieten. Sie fragt, ob es noch andere engagierte Schulleiter/innen gibt, die dieses Angebot durchführen wollen.

Der Bürgermeister sagt, dass die Schulleiter/innen der anderen Grundschulen einem Ganztagschulkonzept zustimmen.

Ratsherr Müller erklärt, dass er ein flaes Gefühl bei der Teilnahme an dem Arbeitskreis hatte. Zudem hat er der Presse gegenüber deutlich gemacht, dass die

Ergebnisse bzw. die Zahlen des Arbeitskreises instrumentalisiert werden sollen. Der Vorsitzende des Arbeitskreises und er haben gesagt, dass es kein Ergebnis des Arbeitskreises gibt, die von einer Schulschließung sprechen. Es sollten lediglich die Zahlen vorgestellt werden und dann soll die Diskussion anfangen. Ratsherr Müller fragt, wie es zu dem Beschlussvorschlag über die Schließung der drei Grundschulen kam. Er ist der Ansicht, dass bei dem ganzen Durcheinander und der herrschenden Stimmung eine sachliche Diskussion nicht stattfinden kann und deshalb die Sitzung an dieser Stelle abgebrochen werden müsste. Zudem bemängelt er die Tageszeit, zu der die Sitzung angesetzt wurde sowie die Räumlichkeit, in der die Sitzung stattfindet. Es ist notwendig einen angemessenen Raum und eine angemessene Tageszeit für eine vernünftige Bearbeitung anzusetzen. Weiterhin bemängelt er die Power Point Präsentation. Schließlich werden die Zahlen in Frage gestellt und dadurch kann man kein Vertrauen zu dieser Präsentation aufbauen. Er bittet eindringlich darum, dass die in Frage gestellten Zahlen überprüft werden.

Stellv. Ausschussvorsitzende Frau Etzold hält es zunächst für positiv, dass sich überhaupt Gedanken über die Schulentwicklung gemacht wird. Dabei ist nicht relevant, ob es zu einem positiven oder negativen Ergebnis führt. Sie empfindet die Arbeit des Arbeitskreises als legitim und wichtig. Das Ergebnis ist noch vollkommen offen. Sie stimmt Ratsherrn Müller in dem Punkt zu, dass die Eltern noch einmal informiert werden müssen. Nach diesem Prozess, einer offenen Meinungsbildung, sollte man wieder in die politische Arbeit kommen und weiter diskutieren und vielleicht sogar zu einer besseren Lösung kommen.

Ratsherr Böcker hält das Thema für viel zu ernst, um sich gegenseitig Vorwürfe zu machen. Seiner Meinung nach hat der Arbeitskreis gut gearbeitet. Die Arbeit kann aber noch verbessert werden.

Er schlägt eine Zusammenarbeit der drei Schulen im Stadtgebiet vor. Dabei können die Schulen untereinander Missstände selbst ausgleichen.

Ratsherr Böcker meint, dass die Zahlen aus der Präsentation nicht so ernst genommen werden dürfen, da diese sich ständig verändern, z.B. durch das Baugebiet. An den Zahlen solle man nicht so festhalten, sie dienen lediglich dazu, zu zeigen, wo etwas getan werden muss. Weiterhin kann dieses Thema ohne Eile bearbeitet werden. Zudem wäre er froh, wenn die Hafenschule das Modell der Ganztagschule weiterverfolgen würde und der Rat dafür doch einen Beschluss fasst. Er widerspricht der Aussage, dass andere Grundschulen ebenfalls ein Ganztagsangebot machen wollen. Aufzwingen sollte man ihnen das nicht. Es gibt eine Schule mit guten Voraussetzungen, die dieses Angebot verfolgt und die sollte man unterstützen.

Ausschussmitglied Herr Kickler appelliert an die Eltern, deren Kinder demnächst in Kombiklassen eingeschult werden müssten, sich dringend über die Vor- und Nachteile einer solchen Kombiklasse zu informieren. Er macht den Vorschlag, dass an allen Grundschulen Informationsabende über die Einrichtung von Kombiklassen stattfinden sollen. Dafür gibt es Fachfrauen, wie z.B. Frau Wittkowski, die jahrelang Erfahrungen mit Kombiklassen hat. Herr Kickler's Information nach, ist die Einrichtung von Kombiklassen aber negativ zu bewerten.

Ratsherr Köhler verliest das Positionspapier der SDV.

Auf Rat des vorgelegten Grundkonzeptes der Verwaltung, welches in mehreren Sitzungen des Arbeitskreises Schule erarbeitet wurde, kam ein Beschlussvorschlag zu Stande, der natürlich mit sehr gemischten Gefühlen gesehen werden kann. Aufgabe des Arbeitskreises war und ist die Erarbeitung einer tragfähigen Grundschulstruktur für die nächsten 10 bis 15 Jahre in Varel. Nach den aktuell folgenden Zahlen ist es zwingend notwendig eine Änderung zum Wohle der Kinder und ihrer

Ausbildung herbeizuführen. Der Arbeitskreis hat in seiner sehr guten Arbeit und in der Diskussion dabei ausschließlich das Gesamtwohl der Grundschüler im Bereich der Stadt Varel im Sinn gehabt. Die Einführung von Kombiklassen ist ein Rückschritt in vergangene Zeiten und sollte kein Regelfall, sondern vermieden werden. Statistiken zeigen, dass Kinder aus Kombiklassen in weiterführenden Schulen Schwierigkeiten haben, den Anschluss zu erreichen. In diesem Arbeitspapier, das bei dem Beschlussvorschlag in der heutigen Ausschusssitzung vorgelegt wird, ist von Schließung einzelner Grundschulen, im Wesentlichen aber auch von grundsätzlichen Veränderungen in der Schulstruktur die Rede.

Das ist ein Vorschlag, ein Arbeitspapier, mit dem die Fraktionen jetzt arbeiten können und auch müssen. In Gesprächen mit Verantwortlichen einzelner Schulen, Mitarbeitern der Verwaltung und verschiedener Eltern hat die Meinungsbildung der SDV stattgefunden. Im Übrigen haben in der Arbeitsgruppe Vertreter der Schulen, der Eltern, der Politik und der Verwaltung mitgearbeitet. Die übereinstimmende Meinung der Arbeitsgruppe fand sich im Beschlussvorschlag wieder. Die SDV ist der Ansicht, dass bei Schließung dieser Schulen die dadurch frei gewordenen Mitarbeiter den bestehenden Schulen für qualitativ hochwertige und pädagogisch fundierte Arbeit zugewiesen werden müssen. Die von MMW dargestellte Meinung zu den Kombiklassen bedeutet zurück zu alten Dingen und die von der SPD vorgeschlagene Elternbefragung kostet viel Zeit und Arbeit. Von den Eltern gewählte und eingesetzte Elternvertreter waren und sind im Arbeitskreis vertreten. Die SDV-Fraktion hat einen Kompromissvorschlag erarbeitet. Bei der Grundschule Altjührden ist in den letzten Jahren das Integrationsmodell „Förderschule“ entstanden. Wenn die Grundschule Altjührden geschlossen wird, ist diese Integrationsarbeit nicht mehr gegeben. Die Fraktion der SDV sieht das Modell der Altjührdener Grundschule und Pestalozzischule als unbedingt erhaltenswert an und möchte vorschlagen, dieses Integrationsmodell in die Hafenschule zu verlagern. Laut Elternvertreter/innen sind die Räumlichkeiten, das Schulgebäude, die Unterrichtsstruktur und das Kollegium sehr gut aufgestellt und gewillt, diesen Schulstandort zu erhalten. Der Vorschlag der SDV lautet, die Schließung der Hafenschule zu verhindern, indem das angesprochene Projekt dort fortgesetzt wird. Außerdem besteht in der Hafenschule durchaus die Möglichkeit der Unterbringung von Krippenkindern. Auch das zum Schuljahr 2009/2010 zu erwartende Projekt der erweiterten Nachmittagsbetreuung geht in die richtige Richtung. Im Gegenzug sollte allerdings der Antrag der Hafenschule auf Genehmigung einer Ganztagschule zunächst einmal zurück gestellt werden, um dann mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, der Schulbehörde und natürlich den Eltern bzw. den Elternvertretern/innen ein Schulkonzept für gesamt Varel zu erstellen. Dieses Gesamtkonzept sollte sich nicht nur auf den Bereich Schulen beschränken. Mit der anstehenden Problematik der Krippen- und Hortplätze, sowie der Notwendigkeit der Einrichtung von Ganztagschulen, ist der Arbeitsauftrag für die Arbeitsgruppe sehr umfassend. Da allerdings mit den zeitlichen Vorgaben der Landesregierung wenig Zeit bleibt, sollten bis September 2009 schon entscheidende Ergebnisse erarbeitet werden. Die in der Arbeitsgruppe abgestimmten Rahmenbedingungen, die im Beschlussvorschlag ihren Niederschlag finden, sind schon ein guter Anfang. Der Fraktion der SDV ist es wichtig festzustellen, dass sie zum Wohle der Kinder der Meinung sind, dass alle verbleibenden Vareler Grundschulen ein Ganztagsangebot vorhalten sollten. Daran müssten sich alle weiteren Überlegungen orientieren.

Ratsfrau Agostini, ebenfalls Mitglied des Arbeitskreises, merkt an, dass keine Einstimmigkeit im Arbeitskreis herrschte. Es ist lediglich eine Arbeitsgrundlage geschaffen worden, worüber man nun diskutieren kann. Sie bringt ein, dass die SPD wollte, dass der Arbeitskreis bereits in dieser Ausschusssitzung sein Konzept vorstellt, obwohl es noch gar nicht fertig ist. Der Arbeitskreis hat das Thema der Integration viel zu wenig berücksichtigt. Zudem kam das Thema Ganztagschule auch

kaum vor. Ebenso ist die Frage der Räumlichkeiten nicht ausreichend besprochen worden. Für sie ist klar, dass dieses keine Beschlussvorlage sondern lediglich eine Arbeitsgrundlage darstellt. Sie bittet die Eltern, dies auch als Anfang zu sehen. Ratsfrau Agostini erwähnt, dass die dauerhafte Einführung von Kombiklassen problematisch ist. Dies wurde so auch im Arbeitskreis einstimmig gesehen. Auch die Idee der Zweizügigkeit fand im Arbeitskreis breite Zustimmung. Nun muss man sich mit den einzelnen Schulen treffen und herausarbeiten, was sie für sinnvoll halten. Sie hätte gern flächendeckend Ganztagschulen. Deshalb sollte das Konzept des Arbeitskreises nun in die Fraktionen gegeben und daran gearbeitet werden.

Ratsherr Funke erwähnt den Beschlussvorschlag, in dem steht, dass drei Schulen aufgelöst werden sollen. Davon habe die SPD nichts gewusst. Nachdem, was er von den Arbeitskreisergebnissen gehört hat, unterscheiden sich diese. Er fragt sich, was der Arbeitskreis eigentlich wollte und was er wirklich beschlossen hat. Skeptisch wurde er, als er im Protokoll vom Arbeitskreis vom 14.04.09 lesen konnte, dass Eltern erst beteiligt werden können, wenn ein konkreter Vorschlag vorliegt. Ansonsten kommen Unsicherheit und Gerüchte auf. Das hält Ratsherr Funke für Kabarett. Zudem merkt er an, dass es das, was er heute erlebt, in den letzten 40 Jahren nicht gegeben hat. Auch in den 40 Jahren wurden Schulen in Übereinstimmung mit den Eltern aufgelöst, soweit die Stadt Varel darüber entscheiden konnte. Es ist immer mit den Eltern diskutiert worden, z.B. Grundschule Moorhausen oder Jeringhave. Wenn Eltern nicht einbezogen werden, ist dies eine Missachtung des Elternwillens. In Bezug auf die Kombiklassen erwähnt er eine wissenschaftliche Diskussion über Pro und Contra dieser Klassen. Danach ist die Aussage, dass Kombiklassen die Schulen schlechter stellen, nicht richtig. Er ist entsetzt über manches, was man in diesem Zusammenhang hört. Die Eltern und Lehrer einer Schule entscheiden in erster Linie darüber, ob eine Kombiklasse für positiv oder negativ empfunden wird. Der Erfolg ist das Entscheidende und wenn Kinder in Kombiklassen viel lernen, wird sich niemand anmaßen dagegen zu entscheiden. Und wenn es nicht funktioniert, muss man selbstverständlich andere Entscheidungen treffen und sagen, dass es nicht geht. Aber vorweg zu Urteilen ist eine Missachtung von Eltern und Lehrern. Auch in der wissenschaftlichen Diskussion wurde daraufhin gewiesen, dass es ein besonderes Engagement von Lehrern benötigt. Wenn die Lehrer dazu bereit sind, sollten wir uns darüber freuen. Und wir sollten uns doppelt darüber freuen, wenn wir dadurch eine Grundschule erhalten können.

Für Ausschussmitglied Frau Boomhuis ist es wichtig, dass das Ergebnis des Arbeitskreises in die Ausschüsse kommt. Auch sie wurde von Eltern angerufen und gefragt, was mit der Hafenschule sei. Sie findet es schlimm, dass in dem Beschlussvorschlag steht, dass drei Schulen geschlossen werden müssen. Dies führte zu Unruhen. Es hätte völlig gereicht, wenn lediglich das Ergebnis des Arbeitskreises vorgestellt werden würde. Im Prinzip können wir uns darüber freuen, dass eine Schule in Varel so viel Eigeninitiative zeigt, damit eine Ganztagschule eröffnet werden kann. Sie selbst war jahrelang alleinerziehend und weiß, wie schwer es ist, ein Kind unterzubringen. Für sie ist gerade dieses Kreativangebot am Nachmittag sehr wertvoll, vor allem für Kinder, die aus sozial schwachen Familien kommen. Sie stellt sich die Frage, warum die Grundschule Hafenstraße nicht eine offene Ganztagschule anbieten soll. Varel sollte sich weiterentwickeln und eine Ganztagschule kann nur eine Bereicherung für Varel sein.

Hinzugew. Ausschussmitglied Herr Buchtman möchte davor warnen, den Hochrechnungen zu viel Glauben zu schenken. Vor einigen Jahren ging es unter anderem um den Erhalt der Grundschulen Altjührden und Borgstede. Die Entwicklung allerdings war eine ganz andere. Es wurden in Winkelsheide Baugebiete erschlossen und plötzlich gab es Zuwanderungsgewinne und der Bestand der Grundschule

in Borgstede war auf lange Zeit wieder gesichert. Ähnliche Entwicklung haben wir jetzt an der Hafestraße, mit den 70 erschlossenen Bauplätzen. Dadurch bekommt die Grundschule Hafestraße in den nächsten Jahren erhebliche Zuwächse. Er fragt sich, warum die Existenz dieser Zuwächse in Frage gestellt werden muss. Er kann sich durchaus vorstellen, dass man sich dem Vorschlag von Ratsherrn Böcker anschließt. Eine Schule, die einmal aufgehoben worden ist, wird nicht wieder geöffnet. Es muss etwas für die Kinder getan werden. Er macht den Vorschlag, dass alle noch mal in sich gehen und sich Gedanken über alle guten Vorschläge machen.

Ausschussmitglied Herr Berndt räumt ein, dass es besser gewesen wäre, wenn die Präsentation im Konjunktiv verfasst worden wäre. Der Arbeitskreis sollte ein Konzept erstellen. Aber nichts desto trotz meint er, dass es sich lediglich um eine Zusammenführung von Punkten handelt. Diese müssen jetzt weiter in den Fraktionen diskutiert werden. Er findet es gut, dass von allen Seiten emotionale Äußerungen hervorgebracht wurden, aber die Arbeit beginnt erst jetzt.

Ratsherr Müller möchte auf die Anträge der SPD- Fraktion eingehen. Der erste Antrag der SPD- Fraktion war, dass die Arbeit des Arbeitskreises ruht. Die Arbeit des Arbeitskreises sollte ruhen, damit der Bedarf an einer Ganztagschule zunächst ermittelt werden kann. Natürlich ist es richtig, dass flächendeckend ein Ganztagsangebot wünschenswert ist. Aber das Angebot der Hafenschule wurde abgelehnt, weil man dachte, dass dadurch andere Schulen gefährdet werden. Er meint, dass die anderen Schulen längst nicht so gefährdet werden, wie es dargestellt wird. Dazu dient eine Umfrage. Er kann sich nicht vorstellen, dass Kinder aus Altjührden zur Hafenschule gebracht werden, nur weil dort ein Ganztagsangebot stattfindet. Zudem hat die SPD beantragt, dass eine Information und Befragung der Eltern der Kinder, die jetzt bereits in der Schule sind und den Kindern, die in den nächsten Jahren eingeschult werden, sofort durchgeführt wird. Sie habe nicht den Antrag gestellt, dass öffentliche Schulen geschlossen werden. Die Anträge der SPD haben mit dieser Beschlussvorlage überhaupt nichts zu tun.

Hinzugew. Ausschussmitglied Frau Eilers merkt an, dass die Schulbezirke 1976 neu geordnet wurden. Dadurch sind die Kinder aus Seghorn zur Grundschule Altjührden umgeschult worden. Nach Aussage ihrer Mutter gab es eine umfangreiche Protestaktion, wobei die Eltern nicht gehört worden sind.

Dieses wird von Ratsherrn Funke verneint.

Frau Eilers fragt Ratsherrn Funke, was dieser unter Beteiligung versteht „ich höre euch an, aber ich mache trotzdem was ich will“? Näher will sie darauf nun nicht eingehen.

Sie betont, dass Kombiklassen und Eingangsstufe zwei völlig verschiedene Sachen sind und nicht immer miteinander verbunden werden dürfen. Wenn man mit den Eltern oder der Schule über die Einführung von Kombiklassen redet, muss man auch so ehrlich sein, dass dabei auch eine Klassenstärke von 26 Kindern entstehen kann. So wie sie aus der heutigen Diskussion gehört hat, meinen viele, dass bereits 25 Kinder in einer Klasse zu viele sind. Auch in Anbetracht der Situation fehlender Kinder in der Grundschule Altjührden, wurde auch dort nach anderen Möglichkeiten gesucht. Deshalb wurde die Kooperation mit der Pestalozzischule gebildet. Die Eltern fühlen sich da alle sehr wohl, von beiden Seiten. Dieses Modell funktioniert seit vier Jahren. Frau Eilers ist nicht damit einverstanden, dass die Pestalozzischüler zur Grundschule Hafestraße gehen sollen. Sie stört sich hauptsächlich daran, dass angefangen wird, bei der Hafenschule Sonderregelungen einzuräumen. Denn mit der Eröffnung als Ganztagschule hat diese Schule die Möglichkeit, andere Schüler aufzunehmen. Diese Möglichkeit hat die Grundschule Altjührden nicht. Die Kooperation mit der Pestalozzischule greift die Schuleinzugsgebiete nicht an. Es gibt wenige Möglichkeiten für Eltern, die das Altjühdener Modell wollen, ihre Kinder

auf diese Schule zu schicken. Frau Eilers bezeichnet dies als Wettbewerbsverzerrung.

Herr Beier von der Landesschulbehörde möchte ebenfalls an die Ausgangssituation erinnern. Er ist damals bewusst als Vertreter der Landesschulbehörde in die Arbeitsgruppe gegangen, weil ein Einvernehmen mit allen Parteien bestand. Hätte er damals um die Zerstrittenheit der Parteien gewusst, wäre er dem Arbeitskreis nicht beigetreten. Er empfand es als positiv, dass man in Varel gemeinsam ein Schulkonzept erarbeiten wollte. Hier wird nun fast ausschließlich über die Probleme der Grundschule Hafenstraße gesprochen. Dabei werden die anderen Grundschulen vernachlässigt. Er findet es nicht gut, dass die Verwaltung hier so in den Fokus der Kritik gerät. Hier ist sehr sachgerecht gearbeitet worden, um einen Vorschlag des Arbeitskreises zur Diskussion zu stellen. Auch im Arbeitskreis wurde viel diskutiert und Dinge abgewogen, z.B. die Einführung von Kombiklassen. Die veränderte Eingangsstufe und die Kombiklassen sind schwer zu bewältigende Situationen. Alle wissen, dass es schwierig ist, die Kombiklassen zu unterrichten. Vor allem muss man sehen, dass die Bandbreite dessen, was den Schülern/innen geboten wird, aufgrund der geringen Anzahl der Lehrer an einer kleinen Grundschule, deutlich reduziert ist. Auch die angestiegenen Anforderungen/ Vorgaben an eine Grundschule können ein einzelner oder zwei Lehrer überhaupt nicht mehr leisten. Er hat in der Zwischenzeit mit den Lehrkräften und Schulleitern/innen aller Vareler Grundschulen gesprochen. Dabei wurde sehr einvernehmlich erkannt, dass Veränderungen herbeigeführt werden müssen, um evtl. auch ein flächendeckendes Ganztagsangebot machen zu können. In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls über die Schließung der einen oder anderen Grundschule nachgedacht und über andere Problematiken diskutiert.

Ihm ist es wichtig, dass ein Vorschlag für alle Vareler Grundschulen gemacht wird. Damals wurde der Antrag auf Ganztagschule der Grundschule Hafenstraße zurückgestellt, weil die Veränderungen für die anderen Grundschulen untersucht werden sollten und ein Gesamtkonzept entwickelt werden sollte. Auch sollten die Eltern der Grundschule Hafenstraße bedenken, dass mit der Einführung der Ganztagschule die Grundschule Angebotsschule wird und für alle Vareler Grundschüler zugänglich wird. Dabei kann im schlechtesten Fall eine Klassenstärke von 28 Schülern erreicht werden. Herr Beier appelliert an alle, eine für alle Grundschulen zufrieden stellende Lösung zu finden.

Ratsherr Böcker hat den Antrag der SPD auf Ruhen lassen des Arbeitskreises nicht verstanden. Er hält es für äußerst demokratisch, wenn eine Sache in einem Arbeitskreis, deren Mitglieder Vertreter aller Beteiligten sind, diskutiert und erarbeitet wird.

Der Ausschuss ist einhellig der Meinung, dass die Ergebnisse des Arbeitskreises zunächst in den Fraktionen beraten werden sollen.

Weiter soll die Verwaltung an den einzelnen Grundschulstandorten Informationsveranstaltungen durchführen.

Ausschussvorsitzender Herr Langer schließt um 20:40 Uhr aufgrund der fortgeschrittenen Zeit die Sitzung. Die Tagesordnung wird in einer zeitnahen Sitzung fortgeführt.

Zur Beglaubigung:

gez. Walter Langer  
(Vorsitzende/r)

gez. Yvonne Westerhoff  
(Protokollführer/in)